

Niederschrift
über die Sitzung des Bürgerausschusses
am 21.04.2015

Tagungsort: Nahariya-Raum (Kleiner Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 17:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Vincenzo Copertino

Herr Gerhard Henrichsmeier

Herr Erwin Jung

Herr Carsten Krumhöfner

SPD

Herr Erik Brücher

Herr Dr. Michael Neu

Herr Prof. Dr. Riza Öztürk

Frau Nathalie Pillado

Frau Regine Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gerald Gutwald

Herr Harald Haemisch

Herr Klaus Rees

BfB

Herr Karl-Hermann Vagt

Bürgernähe/Piraten

Herr Lars Büsing

Von der Verwaltung:

Frau Schröter – Rechtsamt

Frau Steinkötter – Rechtsamt, Schriftführerin, Tel.: 51-2193

Frau Dietz – Amt für Verkehr

Herr Galle – Amt für Verkehr

Herr Wolf – Amt für Finanzen und Beteiligungen

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschussvorsitzende Herr Henrichsmeier, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Bürgerausschuss beschlussfähig ist. Änderungen zur Tagesordnung werden nicht genannt.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger

Herr Henrichsmeier verpflichtet die sachkundigen Bürger Herrn Lars Büsing und Herrn Pablo Bieder mit Handschlag nach folgender Formel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Bürgerausschusses am 10.02.2015

Beschluss:

Die Niederschrift über die 1. Sitzung des Bürgerausschusses am 10.02.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

-bei zwei Enthaltungen einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Zu Punkt 5 Beratung von Anregungen und Beschwerden

Zu Punkt 5.1 Verlängerung der Stadtbahnlinie 4

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1323/2014-2020

Frau Schröter erläutert, dass die Beschwerdeführer die Aktionsgemeinschaft „Bürgerinitiative Lange Lage e. V.“ und „Stoppt die Linie 4 zur Schlosshofstraße“ sei. Vertreter sei Herr Dr. Zingeler, der urlaubsbedingt abwesend sei. Herr Dr. Roggendorf und Frau Zimmermann würden an seiner Stelle die Gründe für die Petition erläutern.

Zur Historie des Ausbaus der Linie 4 und zum weiteren Procedere trägt Frau Schröter vor, dass der Aufstellungsbeschluss für die Stadtbahnverlängerung der Linie 4 im Oktober 2010 von der Politik einstimmig gefasst worden sei. Im Jahr 2011 habe eine frühzeitige Bürgerbeteiligung stattgefunden. Eine Vielzahl der Einwendungen habe dazu geführt, dass Alternativen betrachtet und die Trasse weiter optimiert worden sei. Derzeit würden der Entwurf und die relevanten Gutachten erstellt. Diese benötigen die Zustimmung der übergeordneten technischen Aufsichtsbehörde. Im Anschluss werde das formelle Bebauungsplanverfahren fortgeführt. Die Politik habe dann einen Entwurfsbeschluss zu fassen. Im Rahmen der anschließenden Offenlegung des Entwurfs könnten die Bürgerinnen und Bürger offiziell Stellung dazu nehmen. Diese Stellungnahmen würden dann geprüft und ggf. in der Planung berücksichtigt. Nach einer eventuellen erneuten Auslegung des Entwurfs erfolge verfahrensgemäß die Beratung in der Bezirksvertretung und die Beschlussfassung im Rat.

Eine formale Bürgerbeteiligung sei zu einem späteren Zeitpunkt somit vorgesehen.

Herr Dr. Roggendorf trägt vor, dass in der Vergangenheit ein Gemeinsinn und eine Naturverbundenheit in der Nachbarschaft geschaffen worden seien. Symbolisch sei u. a. ein Baum auf der geplanten Trasse gepflanzt worden. Die Verlängerung der Linie 4 würde eine alte bäuerliche Kulturlandschaft und ein Landschaftsschutzgebiet für die Naherholung zerschneiden. Zudem halte die Aktionsgemeinschaft die Verlängerung der Linie 4 für nicht gerechtfertigt, da sie die jetzt schon vorhandenen Beförderungseingänge zwischen dem Hauptbahnhof und der Universität nicht lösen würde. Seit der Umplanung der Fachhochschule sei die Verlängerung auch nicht mehr notwendig. Die Fachhochschule könne von der Haltestelle „Wellensiek“ erreicht werden.

Frau Zimmermann führt fort, dass die Aktionsgemeinschaft eine

Diskussion anstoßen und mit den Ausschussmitgliedern ins Gespräch kommen möchte. Sie regt an, andere städtische Flächen als Bauland vorzuziehen oder anstelle der Verlängerung der Linie 4 einen Elektroshuttle vom Hauptbahnhof zur Universität und der Fachhochschule einzusetzen. Ein Elektroshuttle sei zudem umweltfreundlicher. 500 Mal sei die Petition bisher unterschrieben worden.

Herr Haemisch stellt fest, dass er grundsätzlich an der Planung festhalten möchte. Dass bauliche Anlagen auf den freien Baufeldern aber erst dann zulässig seien, wenn auch die Verlängerung der Linie 4 realisiert sei, hält er für nicht sinnvoll. Diese Klausel müsse aus dem Bebauungsplan gestrichen werden und bei Bedarf neu über die Stadtbahn entschieden werden.

Herr Jung bedankt sich bei den Petenten für den Vortrag und regt an, die Petition an die zuständigen Fachausschüsse weiterzuleiten.

Frau Weißenfeld stimmt dem Antrag zu.

Herr Büsing bedankt sich ebenfalls bei den Petenten und unterstützt den Antrag von Herrn Jung. Er merkt an, dass er die Bürgerbeteiligung für sehr wichtig halte.

Herr Rees spricht seinen Dank für den engagierten Vortrag aus und schließt sich der Verweisung der Petition an die Fachausschüsse an. Er möchte sich auch vor Ort kundig machen und die Anregungen der Aktionsgemeinschaft berücksichtigen. Herr Rees stellt jedoch klar, dass der Bebauungsplan seine Gültigkeit behalten solle.

Beschluss:

Die Petition wird im Rahmen des weiteren B-Plan-Verfahrens an die zuständigen Ausschüsse (StEA und BV) verwiesen.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 5.2 Erhöhung der Grundsteuer B

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1324/2014-2020

Zur Petition von Herrn Kubitzka trägt Frau Schröter vor, die Beschwerde werde in erster Linie damit begründet, dass die Erhöhung alle Einwohner träfe. Die Mieter seien durch die Erhöhung der Nebenkosten ebenso betroffen wie die Grundstückseigentümer. Da die Nebenkosten insgesamt in den vergangenen Jahren stark gestiegen seien, solle die Politik gegen

die Erhöhung der Grundsteuer B stimmen. Das Haushaltsdefizit dürfe nicht durch eine Steuererhöhung ausgeglichen werden. Es müsse bei den Ausgaben gespart werden.

Frau Schröter führt dazu aus, dass ein gemeinsamer Antrag von SPD/Grünen/Bürgerrente/Piraten zum Haushalt 2015 vorliege. Danach solle der Hebesatz rückwirkend zum 01.01.2015 von 539 % auf 580 % angehoben werden. Zum 01.01.2016 erfolge eine weitere Erhöhung auf 620 % und zum 01.01.2017 auf 660 %. Dadurch sollen Mehreinnahmen ab 2018 in Höhe von 15 Millionen Euro erzielt werden. Über die Grundsteuererhöhung werde am 23.04.2015 im Rat beraten.

Herr Jung stellt den Antrag, die Petition als Tischvorlage in die Ratssitzung am 23.04.2015 zu geben.

Herr Prof. Öztürk will den Antrag nicht annehmen, da im Rahmen der Haushaltskonsolidierung auf der Ausgabenseite gespart werde, auf eine Erhöhung der Grundsteuer aber trotzdem nicht verzichtet werden könne.

Herr Rees lehnt den Antrag ebenfalls ab. Er führt aus, dass an der Konsolidierung des städtischen Haushalts schon lange gearbeitet werde und die Kommune die Kosten auch nur bedingt beeinflussen könne. Eine Streichung von Aufgaben, um Ausgaben zu sparen reiche nicht aus. Bei der Schaffung von Kita Plätzen sei eine Streichung von Aufgaben aufgrund der gesetzlichen Verpflichtung auch nicht möglich. Auch die Flüchtlingsunterbringung stelle die Stadt vor eine finanzielle Herausforderung. Die Unterbringung der Flüchtlinge sei dabei aber nicht nur eine gesetzliche Verpflichtung, sondern werde auch gerne wahrgenommen. Er hält die Grundsteuererhöhung daher für zumutbar und sieht keinen anderen Weg den Haushalt zu konsolidieren.

Herr Büsing schließt sich den Ausführungen von Herrn Rees an. Andere Kommunen seien in einer ähnlichen Lage und eine Ausgabenreduzierung reiche nicht aus.

Beschluss:

Der Antrag wird als Tischvorlage in den Rat gegeben.

-mit Mehrheit abgelehnt-

Beschluss:

Die Beschwerde wird zurückgewiesen.

-mit Mehrheit beschlossen-

Gerhard Henrichsmeier

Katrin Steinkötter
(Schriftführerin)